

Gesetzlich vorgeschriebene Informationspflichten laut EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für das Verfahren „Bearbeitung von Beschwerden (Partnerschaftliches Verhalten / AGG)“

Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen sind für uns, die Berliner Bäder-Betriebe Anstalt des öffentlichen Rechts, Sachsendamm 61 10829 Berlin, sehr wichtig.

Wir sind verpflichtet, Ihnen nachfolgende Informationen nach Artikel 13, 14 DS-GVO mitzuteilen.

Für die Umsetzung der Anforderungen aus dem §13 AGG und der Dienstanweisung „Partnerschaftlicher Umgang und allgemeine Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“ wird eine Beschwerdestelle eingerichtet. Hierfür verarbeiten wir (Art. 6 (2) und (3) DS-GVO) die nachfolgenden Daten:

- 1) Name, Vorname, Funktion (Stelle), Organisationseinheit
- 2) Im Rahmen der Beschwerde genannte Sachverhalte

Weiterhin werden wir:

- Ihre Daten nur für den vorgenannten Zweck verarbeiten
- die Verarbeitung ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen
- Ihre Daten nur an Dritte weitergeben, wenn das Einverständnis von Ihnen vorliegt

Wir speichern bzw. löschen Ihre Daten wie folgt:

- Die Daten werden 3 Monate nach Abschluss des AGG-Verfahrens oder auf Ihren Widerruf (siehe Datenschutzrechtliche Einwilligung) hin gelöscht.

Welche Betroffenenrechte haben Sie?

- Auskunftsrecht (Art. 15 DS-GVO, §34 BDSG-NEU)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO, § 35 BDSG-NEU)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO, § 35 BDSG-NEU)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DS-GVO, § 36 BDSG-NEU)
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO)

Sie finden in unserer Datenschutzerklärung unter www.berlinerbaeder.de beschrieben, wie Sie Ihre Betroffenenrechte konkret wahrnehmen können.

Bei Fragen und Anregungen zum Datenschutz wenden Sie sich bitte an Datenschutzbeauftragter@berlinerbaeder.de.